Extra Unbequeme Nachrichten

zum KRÜPPELTRIBUNAL

Wir vertreten beim Krüppeltribunal die Anklage gegen die Verantwortlichen für die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in Anstalten. Damit meinen wir sowohl die privaten Irrenhäuser, als auch die staatlichen Anstalten, die sich mit dem beschönigenden Ausdruck Landeskrankenhäuser (LKH) tarnen. Weil wir in Nordrhein-Westfalen leben und kämpfen, beziehen sich unsere Beispiele auf unser Bundesland. Das soll aber beileibe nicht heißen, daß es anderswo in Deutschland besser steht. Im Gegenteil: Nach fünf Jahren Kampf gegen die Affenschande der nordrhein-westfälischen Psychiatrie haben wir nur einiges freigelegt, was anderswo im Verborgenen stinkt. Es hat schon seinen Grund, wenn von Flensburg bis Tübingen Beschwerdestellen wie Pilze aus dem Boden schießen.

Im Januar 1977 hat die Dortmunder Selbsthilfe zum ersten Mal gegen die Straftaten im Sozialwerk St.Georg protestiert. Das Sozialwerk St.Georg ist die größte deutsche Privatpsychiatrie. Zur Zeit seiner stärksten Ausdehnung umfaßte es über dreißig Heime mit ca. dreitausend Patienten.

Es gab konkrete Hinweise, daß der Direktor JOHANNES HENNEMEYER Riesensummen unterschlagen und veruntreut hatte. Von mehreren Patienten, die zu uns geflohen waren und wie von Sinnen schienen, wußten wir, daß in den St.-Georgs-Heimen systematisch Medikamentenmißbrauch betrieben wird.

Unser Protest war öffentlich und laut, Presse und Fernsehen brachten dicke Berichte: soll keiner heute sagen, er hätte nichts gewußt. Wie ein Mann stellten sich Behörden und Politiker vor die Kriminellen von St.Georg. Der Oberstadtdirektor MEYA von Gelsenkirchen, wo St.Georg seinen Hauptsitz hat, gab im Sozialwerk eine Pressekonferenz, auf der er ohne Prüfung behauptete, an unsern Vorwürfen wäre nichts dran. (Da wußten wir freilich noch nicht, daß er als Hennemeyers Busenfreund Weinreisen mit diesem nach Frankreich gemacht hatte und daß seine Schwester für ein stark überhöhtes Gehalt bei St.Georg angestellt war.) Vormundschaftsrichter wie BERNHARD BUSCHMEIER meldeten sich ungefragt zu Wort, um St.Georg Persilscheine auszustellen. Die Staatsanwaltschaft Essen, bei der wir Anzeige erstattet hatten, stellte nach kurzer Rückfrage ergebenst die Anklage ein. Stattdessen wurde gegen Mitglieder der Dortmunder Selbsthilfe Anklage erhoben. (Da wußten wir freilich noch nicht, daß der leitende Oberstaatsanwalt BOLTZ ein Busenfreund von Hennemeyers Busenfreund MEYA ist.)

Ähnlich erging es den Leuten der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK), als sie ein halbes Jahr später das "Beschwerdezentrum für die Opfer von Verbrechen in Landeskrankenhäusern und andern Abschiebeeinrichtungen" gründeten.

Marion Masuhr, ein junges Mädchen, das beim SSK gewesen war, geriet in das berüchtigte LKH Brauweiler. Die SSK-Leute besuchten sie dort. Beim nächsten Besuch teilte man ihnen mit: Marion ist tot. Herzversagen. Bei einer kerngesunden jungen Frau.

Als der SSK Nachforschungen anstellte, passierte dasselbe wie uns bei St.Georg. Dreckigste Verbrechen, Menschenrechtsverletzungen am laufenden Band kamen raus. Außer Fräulein Masuhr waren mehrere andere Patienten mit Medikamenten vergiftet worden. Patienten hatten sich von hohen Mauern abgeseilt und waren zu Tode gestürzt. Pfleger prügelten täglich Patienten. Der Direktor Dr. med. STOCKHAUSEN war ständig besoffen. Er entschied darüber, ob einer - z.B. wegen Alkoholismus - auf Dauer eingesperrt wurde.

Der Landschaftsverband, der dieses Horrorirrenhaus betrieb, versuchte zuerst nicht etwa, die Mißstände zu beseitigen, sondern den SSK mit Strafbefehlen mundtot zu machen. Als Brauweiler geschlossen wurde, gab ihm der Landschaftsverband selbstverständlich einen anderen Posten.

Besonders gut erinnern wir uns an eine junge Frau, die 1978 zur DSH floh. Sie hatte das Pech aus einer Obdachlosensiedlung zu stammen, der Rest ergab sich dann von selbst. Vom Kinderheim kam sie ins Erziehungsheim. Als sie 18 wurde, verschob man sie nach St.Georg. Dabei wurde sie auch gleich entmündigt. Bei St.Georg geriet sie in die Hände des Psychiaters Dr. HUNDT, der auch ein alter Säufer war. Sie wurde entlassen und beging den schrecklichen Fehler, im selben Lokal zu bedienen, wo Hundt zu saufen pflegte. Sie war jung, hübsch und lebenslustig und erwartete von ihrem Verlobten ein Kind. Für dieses Verbrechen bestrafte sie Dr. Hundt mit ZWANGSSTERILISATION. Ende 1980 wurde der Arzt, der sie operiert hatte, vom Landgericht Arnsberg zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Hundt war tot und konnte nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden.

Im selben Jahr verbrannte ein Patient aus dem LKH Düren bei lebendigem Leibe, der gewagt hatte, sich bei der SSK-Beschwerdestelle zu beschweren. Ein anderer wurde aufgehängt in seiner Zelle gefunden. Auch in Düren dieselben Skandale: Medikamentenmißbrauch, Prügel, Briefzensur, selbst das Recht, einen Rechtsanwalt zu nehmen, wurde beschränkt.

1979 beschwerten sich Ärzte der neueröffneten Altenstation des LKH Bonn über massenhafte Unfälle und sträfliche Vernachlässigung der Alten beim Landschaftsverband. Nichts geschah. Der Brief wurde dem Beschwerdezentrum zugespielt. Die Station wurde besetzt. Da änderte sich etwas.

Immer mehr Beschwerdestellen entstanden: in Bonn, Bochum, Aachen, Kleve, Bielefeld, Münster, Dortmund, Düsseldorf und Paderborn.

Immer klarer wurde, daß überall dieselben Straftaten und Menschenrechtsverletzungen vorkamen. Überall stürzten sich verzweifelte Patienten aus dem Fenster, prügelten Pfleger Kranke, gehörte Medikamentenmißbrauch zum Alltag, wurden Menschen, die nichts weiter verbrochen hatten, als "auffällig" zu werden, willkürlich eingesperrt. Wir stellten fest: in den Irrenhäusern galten unsere Gesetze nicht mehr, das Grundgesetz war abgeschafft, die Würde des Menschen war äußerst antastbar. Das Dämpfungsmittel Haloperidol, das die Sowjetunion in großen Mengen aus der Bundesrepublik einführt, um Dissidenten körperlich und seelisch zugrunde zu richten, wird in unsern Irrenhäusern ebenfalls in großen Mengen verabreicht. Unterschied: Es handelt sich nicht um Dissidenten, sondern um Arme.

Überall wurden Patienten unter dem zynischen Decknamen "Arbeitstherapie" schamlos ausgebeutet. Sie stellen nicht nur Klammern her, wie die Leute draußen denken, sondern arbeiten für bekannte Namen der Industrie wie Miele (Waschmaschinenteile/LKH Eickelborn), Honsel (Flansche/St.-Georg), C&A (Textilien/St.Georg). Ob Autozubehör für VW oder Brathähnchen, die Patienten in Irrenhäusern müssen schwer arbeiten. Wir können jedem nur eine Besichtigung der Fabrikhallen in Eickelborn empfehlen oder der sogenannten Therapiezentren von St.Georg in Gelsenkirchen und Schmallenberg.

Für die Arbeit, die sie leisten, erhalten die Patienten eine Arbeitsbelohnung von MONATLICH 15 DM an aufwärts bis 60 DM.

Mit allen Beschwerdestellen veranstalteten wir 1980 eine halbjährige Mahnwache vorm Gesundheitsministerium in Düsseldorf. Bei einem Gespräch mit Minister Farthmann waren wir erschüttert von seiner Ignoranz. So kannte er das in seinen Irrenhäusern häufig verabreichte Dämpfungsmittel Haloperidol nicht.

Die Forderungen, die wir erhoben, waren ganz maßvoll: z.B. die Abschaffung der Großkrankenhäuser und eine gemeindenahe Psychiatrie, wie sie später auch die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP) verlangte.

Farthmann wollte nichts zusagen, nichts ändern. Wir demonstrierten mit einem Wald von Holzkreuzen in Düsseldorf - für jeden Todesfall eins.

Im Sommer 1980 war eine Patientin aus dem LKH Eickelborn zur Bielefelder Selbsthilfe geflüchtet. Sie erzählte, daß sie und mehrere andere Patientinnen zwangssterilisiert worden waren. Daraufhin holte die BiS alle Beschwerdestellen zu einer Demonstration auf dem Gelände der Irrenanstalt. Da reagierte Farthmann schon nervöser. Offensichtlich befürchtete er, daß nach dem Landschaftsverband Rheinland auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe unter Beschuß geraten könnte. Auch die Justizministerin Inge DONNEPP besuchte Eickelborn und gab vage Zusagen zu einer Untersuchung der Vorwürfe.

Und wieder wurden Anzeigen eingestellt.

Aber wie früher war es in den Anstalten doch nicht mehr; man fühlte sich beobachtet. Eine Welle von Strafprozessen gegen Pfleger und Ärzte rollte an. Die ersten Folterknechte wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, und war es auch auf Bewährung, so begann doch das große Zittern.

Endlich, nach fast fünf Jahren Kampf, kriegten wir von der Dortmunder Selbsthilfe 1981 das Sozialwerk St.Georg am Wickel. Aus dem Sozialwerk selbst bekamen wir die entscheidenden Beweise über die Straftaten des Direktors und seiner Helfershelfer zugespielt. Und wieder wollte die Justiz nur zögernd ermitteln. Wir erfuhren auch wieso: der Generalstaatsanwalt in Hamm untersucht, ob sich Staatsanwälte der Staatsanwaltschaft Essen zu Sauftouren auf St.-Georgs-Kosten haben einladen lassen.

Aber der Skandal in der Öffentlichkeit war zu groß. Die DSH verteilte das Beweismaterial auf der Straße. Immer neue Veruntreuungen und Unterschlagungen kamen heraus. Bald wußte keiner mehr, um wieviel Geld es ging. 25 Millionen? 40 Millionen?

Von unsern Informanten, die uns regelmäßig aus St.Georg berichten, erfuhren wir, daß der zuständige Referent im Landschaftsverband Westfalen-Lippe alles tat, um die Kriminellen zu decken. Er heißt Landesrat Erhard Bruch und ist soeben ins Amt wiedergewählt worden.

Das sollten sich alle Behinderten merken, denen man jetzt was von leeren Kassen vorschmust: Über eine halbe MILLIARDE ließ dieser Bruch unkontrolliert bei seinen Spezis von St.Georg in die Kassen fließen.

Im Oktober 1981 ließ die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität an 18 Stellen bei St.Georg gleichzeitig Hausdurchsuchungen vornehmen. Der St.-Georgs-Kassierer Wolters wurde verhaftet.

Etwas später wurde auch Direktor Hennemeyer und der Angestellte Stasch in U-Haft gebracht. Dort sitzen sie noch heute.

Viele Leute haben der Dortmunder Selbsthilfe gratuliert. Das sei doch ein schöner Erfolg. Sicher. Nur die Hintermänner und Schreibtischtäter sind bis heute im Amt.

Im Amt Oberstadtdirektor Meya von Gelsenkirchen, gegen den zwar die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Bochum ermittelt wegen Bestechlichkeit, aber was solls...

Im Amt Landesdirektor Neseker vom Landschaftsverband, der sich von St.-Georgs-Kassierer Wolters Tribünenkarten von Schalke in die Tasche stecken ließ, ebenso wie der schon erwähnte Bruch und sein Stellvertreter IDE, aber was solls...

Im Amt schließlich Minister Farthmann. Er weiß, daß das Oberlandesgericht Hamm systematischen Medikamentenmißbrauch bei St.Georg festgestellt hat. Das ist Körperverletzung. Er schickt weiter Patienten nach StGeorg. Das ist Körperverletzung im Amt, aber was solls...

Warum die Bonzen ihr St.Georg halten, auch wenn die Skandale noch so groß sind? Entweder haben sie selber an der Großen Korruption mitgewirkt oder sie brauchen St.Georg. Mit seinen Fabriken, seinem geringeren Pflegesatz paßt es nahtlos in die achtziger Jahre, wie die Herren sich das vorstellen. Es ist so herrlich praktisch für den Landschaftsverband: keine Verantwortung für die Situation in den St.-Georgs-Heimen. Nur leider stimmt die Kohle nicht mehr.

Erinnert Euch: Es führte einst ein kurzer Weg vom deutschen Irrenhaus zum deutschen KZ. Immer noch und schon wieder liegen die Irrenhäuser außerhalb des Rechtsstaates. Immer noch und schon wieder werden dort Menschen totgespritzt. Letzter Fall: Peter Adler, totgespritzt in der Psychiatrie der Uni-Klinik Essen. Man wollte ihn ja nicht umbringen, nur "ruhigstellen", wie es in der unmenschlichen Sprache der Anstalten heißt. Und die verantwortlichen Ärzte sind entlassen. Aber uns bleibt ein ungutes Gefühl:

Es steht alles bereit. Große Fabriken, wie einst in Auschwitz. Nein, keine Gasöfen. Das 'Therapiezentrum' von St.Georg verfügt über eine Ladenstraße mit Friseur. Der Patient als Konsument, irgendwo muß er ja sein Taschengeld und die 15 Mark Arbeitsbelohnung im Monat ausgeben. Bei dem dort üblichen Medikamentenmißbrauch kriegt er dann auch nicht mit, wie man ihn mit alten Klamotten für neu bescheißt. er torkelt wie ein Scheintoter durch die Gegend, aber die schöne neue Konsumwelt prangt in bunten Farben. Bloß raus darf man nicht.

Vor fünf Jahren haben wir unsern Kampf begonnen, weit draußen am Rande der Gesellschaft, wo die Irrenhäuser liegen. Und plötzlich sind wir mitten im Zentrum der Korruption.

Die Schreibtischtäter beim Landschaftsverband

Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen sind Behörden, die nur bei uns in Nordrhein-Westfalen existieren. Die meisten Leute kennen sie nicht, obwohl sie riesig sind und über Etats in Milliardenhöhe verfügen. Unter anderm verwalten sie Autobahnen und Irrenhäuser.

Die Landschaftsverbände stammen direkt von der alten preußischen Provinzialregierung ab. Und genauso demokratisch und zeitgemäß sind sie auch. Sie garnieren sich mit einem Scheinparlament, der sogenannten Landesversammlung, die nicht vom Volk gewählt wird. Die Abstimmungen, die dort stattfinden, sind von einer Einstimmigkeit, wie man sie sonst nur noch im Ostblock findet.

Mit der verbrecherischen Vergangenheit der Nazizeit hat der Landschaftsverband nie wirklich gebrochen. Bestes Beispiel der Altnazi UDO KLAUSA, Verfasser einer Schrift "Rasse und Wehrrecht", in der die Aussonderung der Entarteten gefordert wurde. Lange Jahre konnte er unbehelligt Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland sein. 1977 wurde er in Ehren pensioniert.

BESCHWERDESTELLE

Seit 1980 gibt es die DSH-Beschwerdestelle. Nach und nach sind ihre Aktivitäten erlahmt. Sie wäre aber nötiger denn je. Immer wieder sind Leute an uns herangetreten, wir sollten doch mal auf Schloß Westhusen nach dem Rechten schauen. Dort leitet Herr Schreck eine Behindertenwerkstatt. Geeignet dazu ist er offenbar deshalb, weil er als Wirtschaftsverbrecher zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt war. Wegen St.Georg konnten wir uns bisher nicht um die GeWeBe kümmern, obwohl sich Herr Schreck ja - anonym wie auch offen - geradezu anbietet. Und auch gegen St.Georg gibt es noch viel zu tun. Wenn wieder mehr Leute mitmachen, wäre alles zu schaffen.

Die Beschwerdestelle trifft sich:
DIENSTAG, 19.30 Uhr
im DSH-Haus
Dorstfelder Hellweg 13,
4600 Dortmund 1
Tel. 17 30 45, 82 26 16,
834 936.

Das Zitat

Johannes Hennemeyer, Direktor vom Sozialwerk St. Georg, auf die Frage, ob das Sozialwerk St. Georg im Jahr der Behinderten besondere Aktionen plane: „Die uns anvertrauten Personen erleben in jedem Jahr etwas Besonderes, wir denken nicht nur einmal darüber nach, wie wir ihr Los erleichtern können." RN 10.2.81

Achtung!

Es droht die Einführung des Rechtsstaates in der Psychiatrie

Am 23. September 1981 hat das Oberlandesgericht Hamm in dem jahrelangen Rechtsstreit Sozialwerk St.Georg gegen Dortmunder Selbsthilfe ein Teilurteil gefällt.

Danach dürfen wir nicht mehr behaupten, daß allgemein unfähige Pfleger bei St. Georg prügeln, sondern dürfen nur noch Einzelfälle erwähnen. Dasselbe gilt für die Verallgemeinerung, dort würden willkürlich erstellte Gutachten verwendet.

Weiter behaupten dürfen wir, daß der verstorbene St.-Georgs-Vertragsarzt Dr. Hundt die Zwangssterilisierung einer jungen Frau zu verantworten hatte.

Am wichtigsten aber war der eindeutige Spruch des Gerichts zum Vorwurf des Medikamentenmißbrauchs. Der Medikamentenmißbrauch ist nicht nur bei St.Georg, sondern überall ein Grundpfeiler der modernen Psychiatrie. Menschen werden mit Medikamenten vollgestopft: nicht etwa, um sie zu heilen, sondern um sie ''ruhigzustellen'', wie es in der unmenschlichen Sprache der Anstalten heißt. Die Vergiftung des Patienten wird dabei billigend in Kauf genommen, Todesfälle inklusive. (Letzter Fall: der in der Uni-Klinik Essen totgespritzte Peter Adler; auch er sollte ja nur ''ruhiggestellt'' werden.)

Wie schwer es ist, vor Gericht verallgemeinernde Behauptungen durchzukriegen, hatten wir bei den andern Punkten erlebt. Da wird dann darum gefeilscht, ob 5, 10 oder hundert Beispiele eine Verallgemeinerung rechtfertigen. Der Druck, unter dem aussagewillige Patienten und Pfleger stehen, bleibt dabei völlig unberücksichtigt.

Der Anwalt des Sozialwerks wies darauf hin, daß eine Medikamentenvergabe wie bei St. Georg in den Landeskrankenhäusern gang und gäbe ist. (Wir können das bestätigen.) Natürlich wollte er damit durchsetzen, daß der DSH eine solche Vergabe nicht Medikamentenmißbrauch nennen darf. Da stellte der berichterstattende Richter unmißverständlich klar:

Bei jeder Medikamentenvergabe ist die Einwilligung des Patienten zwingend erforderlich. Ist der Patient entmündigt, muß die Einwilligung des Vormunds eingeholt werden. Eine globale Einwilligung - etwa zu Beginn einer Einweisung - reicht nicht aus.

Schon allein deshalb hielt das Oberlandesgericht den Vorwurf des Medikamentenmißbrauchs für gerechtfertigt. (Das Landgericht Essen hatte den Vorwurf des Medikamentenmißbrauchs mit der Begründung zugelassen, bei St. Georg würden die erforderlichen Untersuchungen über Nebenwirkungen nicht durchgeführt und Medikamente würden aus finanziellen Erwägungen vergeben.)

Wir weisen darauf hin, daß Medikamentenmißbrauch Körperverletzung ist. Wir werden in Zukunft alle Ärzte und Anstaltsleitungen anzeigen, die immer noch ihre ''Cocktails'' spritzen und Patienten mit unbekannten Pillen vollstopfen. Wir warnen auch alle Vormünder, die sich einen Scheißdreck um ihre Mündel in Anstalten kümmern: Ihr macht euch der Beihilfe zur Körperverletzung schuldig!

AUFRUF

Wir rufen alle Teilnehmer des Krüppeltribunals in Dortmund auf, sich mit ihrer Unterschrift zu folgenden Forderungen zu bekennen:

1. Rücktritt des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Prof. Friedhelm Farthmann.
2. Abschaffung der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland.
3. Schließung des Sozialwerks St.Georg und des Landeskrankenhauses Eickelborn.

Dortmunder SelbstHilfe
Gruppe Dorstfeld, Dorstfelder Hellweg 13, Tel.17 30 45
Gruppe Fredenbaum, Jakobstr.1
Tel.834 936

v. im S.d.P.: K.Bronn, Chemnitzer Str. 146, R.Baader, Dorstfelder Hellweg 13, 4600 Dortmund 1